

Der seltsame Atom-Komplex der Deutschen

Welt, 30.06.2022, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus239566729/AKW-Verlaengerung-Die-seltsame-Atom-Angst-in-Deutschland.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft>

Wirtschaftsminister Habeck ruft zum Energiesparen auf. Zugleich will er 66 Milliarden Kilowattstunden aus den letzten betriebsfähigen Nuklearmeilern nicht nutzen. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Dahinter steckt eine besondere Angst.

Es war sechs Tage nach der Havarie des japanischen Kernkraftwerks Fukushima-Daiichi. An jenem 17. März 2011 stürmte der damalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen, ein CDU-Mann, in eine Sondersitzung der Reaktorsicherheitskommission (RSK), das wichtigste kerntechnische Beratergremium der Bundesregierung. Der Auftritt blieb dem Diplom-Physiker und RSK-Mitglied Ulrich Waas als „Schlüsselmoment“ seiner Karriere im Gedächtnis.

Röttgen, erinnert sich Waas, teilte dem Gremium mit, die Bundesregierung habe die sofortige, dauerhafte Stilllegung der sieben ältesten Kernkraftwerke beschlossen – die RSK möge doch bitte die technische Begründung dafür liefern. Doch anders als von Röttgen offenbar erwartet, parierten die verdutzten Wissenschaftler nicht sofort, sondern ließen ihren vorgesetzten Fachminister erst einmal abblitzen: Das Alter der Atomanlagen, beschieden sie dem Besucher, korreliere doch überhaupt nicht mit dem Sicherheitsniveau.

Röttgen „verließ die Sitzung etwas irritiert mit der Aufforderung, wir sollten uns mal Mühe geben“, sagt Waas: „In der anschließenden Diskussion kam man aber rasch zu dem Konsens, dass es satzungsgemäß nicht Aufgabe der RSK sei, einen wissenschaftlich erscheinenden Steigbügel für die Politik zu basteln.“

Dennoch bekamen Röttgen und Angela Merkel, seine Kabinetts- und Parteichefin, was sie wollten: Acht AKW wurden auch ohne wissenschaftliche Gründe abgeschaltet, und die letzte deutsche Pro-Atom-Partei CDU war das „Verliererthema“ endlich los.

Seither folgt der deutsche Atomausstieg der damals beschlossenen Abschaltreihenfolge. Die letzten drei Kernkraftwerke Isar2, Emsland und Neckarwestheim 2 gehen Ende Dezember vom Netz. Mitten in der schwersten Energiekrise der Nachkriegszeit und einer Preisexplosion bei Strom und Gas glaubt die Politik, auf eine heimische, sichere, wetterunabhängige und CO₂-freie Energiequelle verzichten zu können.

Das gilt sogar nach der Ausrufung der Alarmstufe des Notfallplans Gas: Alle Bürger und alle Betriebe sollten jetzt Energie sparen, mahnte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). „Es kommt auf jede Kilowattstunde an.“ Doch 66 Milliarden Kilowattstunden der sechs letzten betriebsfähigen deutschen Atomkraftwerke erklärt Habeck weiter für überflüssig. Wie ist der eklatante Widerspruch zu erklären?

Die Atomangst ist eine deutsche Eigenart, über deren tiefere Ursache sich eine ganze Literatur entwickelt hat. Historiker nannten gar den Hang zur Naturromantik als Quelle einer tiefsitzenden Technikfeindlichkeit. In den 1970er- und 1980er-Jahren

fürten Anti-Atom-Protteste zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen – nur in Deutschland.

Andere Einstellung im Ausland

Die Bewegung brachte die Partei Die Grünen hervor und fand schnell Verbündete unter dem Spitzenpersonal von Landesregierungen und Bundesbehörden. Diese belasteten die Atomwirtschaft jahrelang mit einer Flut von kostentreibenden Auflagen, Regularien und Fristen – eine Strategie, die der Vorsitzende Richter am Bundesverwaltungsgericht, Horst Sander, schon in den 90er-Jahren unter dem Begriff des „ausstiegsorientierten Gesetzesvollzugs“ zusammenfasste – und als klar rechtswidrig brandmarkte.

Anders die Einstellung im Ausland: Die USA, Japan und die Ukraine setzen weiter auf Kernenergie, obwohl sie Schauplätze der drei spektakulärsten Atomunfälle der Geschichte waren. Auch in Frankreich oder Großbritannien folgt man den Empfehlungen etwa des Weltklimarats, die Kernenergie schon aus Klimaschutzgründen weiterzunutzen.

Nur in Deutschland sind Argumente pro Atom ein Tabu, die Technik gilt als Teufelszeug. Die Anti-Atom-Bewegung habe es verstanden, in Deutschland die „Diskurshegemonie“ zu gewinnen, sagt die Forschungs Koordinatorin am Herder-Institut und Kernkraftexpertin Anna Veronika Wendland. Wer Atomkraft gutheißt, gerät schnell ins gesellschaftliche Abseits.

Zu gefährlich, zu teuer, kein Endlager: Die drei bekannten, aber höchst angreifbaren Argumente gegen Kernenergie, sagt Wendland, würden auch von Journalisten und Wissenschaftlern noch immer „runtergebetet wie ein Katechismus“. Das trifft auch auf den „Prüfvermerk“ zu, mit dem die grünen Bundesminister für Umwelt und Wirtschaft, Steffi Lemke und Robert Habeck, jüngst den Verzicht auf eine Laufzeitverlängerung begründet hatten.

Doch jetzt regt sich Widerspruch: CDU-Politiker wie Jens Spahn oder FDP-Finanzminister Christian Lindner wagen sich aus der Deckung. CSU-Chef Markus Söder, die wachsende Stromlücke Bayerns im Blick, wirft Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sogar vor, mit seiner Ablehnung der Laufzeitverlängerung „fachlichen Blödsinn“ zu verbreiten.

In ihrem „Prüfvermerk“ hatten Habeck und Lemke erklärt, der begrenzte Nutzen einer Laufzeitverlängerung rechtfertige nicht das Risiko. Externe Experten hatte man nicht befragt. Uwe Stoll, Technisch-Wissenschaftlicher Geschäftsführer der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), sieht aber bei einem Weiterbetrieb der Reaktoren „keine gravierenden Sicherheitsbedenken“. Die alle zehn Jahre vorgeschriebene und jetzt überfällige Sicherheitsprüfung könne nachgeholt werden.

Brennstäbe lassen sich beschaffen

Trotz Tschernobyl gilt: In der westlichen Welt ist noch kein einziger nuklearer Todesfall in kommerziellen Leichtwasserreaktoren zu beklagen. Eine Bilanz, die auch durch Fukushima nicht verändert wurde. Atomexpertin Wendland sagt: „Hätte es in der Ukraine und Japan Atomkraftwerke nach deutschem Standard gegeben, würde heute niemand die Namen Tschernobyl und Fukushima kennen.“

Anders als oft behauptet, lassen sich Brennstäbe für eine Laufzeitverlängerung der letzten deutschen Anlagen noch beschaffen. Das kostet zwar einige Monate Zeit, während der die AKW mit reduzierter Leistung laufen müssten. Doch nach einem neuen Gutachten des TÜV Süd könnten die Brennstäbe schneller beschafft werden als gedacht.

Eine Abhängigkeit von Uranlieferungen aus Russland besteht dabei nicht: Liefern könnten die westlichen Hersteller Westinghouse und Areva. Würde Deutschland dauerhaft zur Atomkraft zurückkehren, würde Uran sogar zur heimischen Energieressource. Die Urangewinnung endete hierzulande erst 2020. Seit 1991 wurden allein 2710 Tonnen aus den Rückständen der sowjetisch-deutschen Wismut AG produziert. Ein eigener Uranbergbau, der die Umweltsünden der Wismut AG vermeidet, wäre denkbar.

Eine Laufzeitverlängerung würde „in diesem Winter“ nicht viel helfen, argumentiert die Bundesregierung. Doch der Winter endet nicht mit dem Abschaltdatum der AKW, insofern könnten die drei Anlagen drei weitere kalte Monate mithelfen, Gaskraftwerke zu ersetzen. Billiger Strom wird zudem dringend für die geplante Wärmepumpen- und E-Auto-Offensive gebraucht.

Die sechs noch reaktivierbaren AKW produzieren pro Jahr 66 Milliarden Kilowattstunden Strom – deutlich mehr als alle deutschen Solaranlagen zusammen. Wer behauptet, die Atomkraft sei überschätzt, weil sie „nur“ zehn Prozent des weltweiten Strombedarfs deckt, unterschlägt, dass die Erneuerbaren auch erst auf zehn Prozent kommen.

Ein Argument, das immer wieder ins Feld geführt wird: die sogenannten Ewigkeitskosten. Doch die Endlagerung des atomaren Abfalls wurde von den Stromkunden bereits bezahlt. Das Geld liegt im Atomfonds der Regierung, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass dies nicht ausreichen könnte. Ein Endlager kann sich selbst überlassen bleiben und verursacht keine weiteren Kosten.

Während Neubauten von Atomkraftwerken anfangs hohe Investitionen erfordern, ist die reine Laufzeitverlängerung bestehender, abgeschriebener Anlagen die billigste Art, CO₂-freien Strom zu produzieren. Die Kosten liegen mit rund drei bis vier Cent pro Kilowattstunde auf dem Niveau billigster Solaranlagen.

In Schweden und der Schweiz werden noch in diesem Jahrzehnt Standorte für Atomendlager fest ausgewählt, in Finnland wird möglicherweise sogar bereits eins in Betrieb gehen. In Deutschland hätte das auch der Fall sein können, wenn die Erkundung des Salzstocks Gorleben von der Anti-Atomkraft-Szene und ihrem politischen Arm nicht verhindert worden wäre. Zehn Jahre dauerte allein der Stopp durch das rein politisch motivierte Gorleben-Moratorium des Jahres 2000.

Dass der Standort anfangs ebenfalls aus politischen Gründen bestimmt worden war, ändert nichts an seiner Eignung. Zwar hatte die Bundesgesellschaft für Endlagerung den Salzstock 2020 für untauglich erklärt. Doch die Behörde hat dabei nach Einschätzung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Endlagerforschung gegen den Wortlaut des Standortauswahlgesetzes verstoßen: Bei der Bewertung des

Deckgebirges hatte man nur einen kleinen Teil berücksichtigt – und die Schutzwirkung von 600 Meter Salzgestein schlicht ignoriert. Die höchst zweifelhafte Auslegung des Gesetzes hatte eine politisch erwünschte Konsequenz: Gorleben, das Symbol der Anti-Atom-Bewegung, verschwand von der Landkarte der Endlagerstandorte.

Auch die gesundheitlichen Gefahren einer Endlagerung sind vergleichsweise gering. Der giftigste Ort des Planeten ist und bleibt Herfa-Neurode, ein Salzstock im Hessischen. Dort sind mehr als 120.000 Tonnen Zyanid- und 690.000 Tonnen Dioxinabfälle sowie 83.000 Tonnen Arsen deponiert, eine ausreichende Menge, um die gesamte Menschheit zu vergiften. Die Sicherheitsanforderungen an den dortigen Salzstock liegen nach Einschätzung von Endlagerexperten der TU Clausthal deutlich unter denen eines Atomendlagers. Genehmigt hatte Herfa-Neurode einst der grüne Umweltminister Joschka Fischer.